

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 12 Goldpfennige. Familienanzeigen 8 G. W. W. Reklamen 50 G. W. W. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Donnerstag, den 15. Mai 1924.

Wegzugspreis: In der Stadt mit Postgelde 46 Goldpfennige wöchentlich. Postbezugspreis 46 Goldpfennige ohne Postgelde. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei billigt die Stellungnahme der Reichsregierung zum Sachverständigen Gutachten und spricht sich gegen die Schaffung einer sogenannten Fraktionsgemeinschaft der nationalen Mitte aus.

In Berlin hat sich gestern eine Gruppe von Industriellen von der Politik des Reichsverbandes der Industrie, der sich für das Sachverständigen Gutachten ausgesprochen hat, getrennt und sich als „Deutsche industrielle Vereinigung“ selbstständig gemacht.

Ueber das Ergebnis der Unterredung zwischen Macdonald und den belgischen Ministern werden Aufsehen erregende Angaben von London aus gemacht.

Im Beisein des Reichskanzlers, des Reichsarbeitsministers und des Reichsinnenministers begannen gestern die Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau.

Reichsminister a. D. Koch erklärt, daß der Gedanke betr. Bildung einer Fraktion der Mitte nicht jetzt schon aus taktischen Erwägungen verwirklicht werden sollte, sondern nur, wenn eine dauernde Zusammenarbeit notwendig sei.

Das Reparationsproblem.

Von Otto Seimann.

Es ist in den letzten Tagen in der ausländischen und deutschen Presse viel davon geschrieben worden, daß der Ausfall der Wahlen in Frankreich entscheidend für die Gestaltung der Reparationsfrage sein wird. Dazu ist erstens zu sagen, daß eine absolute Niederlage des nationalen Blocks wohl kaum zu erwarten ist — wir haben im Augenblick der Abfassung des Aufsatzes noch keinerlei Zahlenmaterial — denn die nationalen Leidenschaften des französischen Volkes sind in den letzten Monaten gewaltig aufgepeitscht worden, daß der Name Poincaré immerhin eine große Zugkraft ausgeübt hat, und dann ist zu beachten, daß die Opposition der Linken keine großen Führer hat, welche das nötige Ansehen zur Regierungsbildung besitzen würden, da Caillaux wie Briand Herrn Poincaré vielleicht geistig überlegen sind, aber nicht sein stürmisches Draufgängerum und seine fabelhafte Diastetik besitzen, außerdem auch durch raffinierte Machenschaften der Rechten moralisch bis zu einem gewissen Grade kast gestellt worden sind.

Aber selbst wenn die französische Kammer durch die Neuwahlen eine Zusammensetzung erfahren würde, die die Möglichkeit einer Kabinettsbildung ohne Poincaré böte, so würden auch die mehr links gerichteten Männer dieser Regierung keine wesentlich andere Politik gegenüber Deutschland treiben können, wenn sie nicht die ganze Meute der nationalistischen Heher und Schreier gegen ihre Tätigkeit heraufbeschwören wollen. Solche Ueberlegungen dürfte Macdonald angestellt haben, als er noch vor den Wahlen Einladung an Poincaré zu einer Zusammenkunft in England für nächste Woche erging. Gewiß war das, wie die französische Presse mit Befriedigung feststellte, eine Verbeugung vor den heutigen Machthabern in Paris, aber es war noch mehr ein kluger taktischer Schritt, der darauf berechnet war, im Falle der Rechtfertigung der seitiger Außenpolitik durch die Wahlen Herrn Poincaré von vorneherein die Möglichkeit einer triumphierenden Haltung England gegenüber zu nehmen und dadurch die notwendigen Verhandlungen zu erleichtern.

Geht nun Poincaré wieder als Sieger aus den Wahlen — wenn auch nur relativ — hervor, dann haben seine Bundesgenossen und Deutschland sich mit ihm über die von ihm bis heute konsequent vertretene These auseinanderzusetzen, daß Frankreich erstens das Ruhrgebiet nur im Verhältnis zu den jeweils geleisteten deutschen Zahlungen räumen will, daß es bis zur völligen Räumung im Ruhrgebiet eine „unsichtbare“ militärische Besetzung belassen will, die auch durch gewisse, in der Verwaltung der französischen Regie verbleibende Eisenbahnlinien „gesichert“ werden müsse, daß zweitens die Frage der Sanktionen, auf deutsch Gewaltmaßnahmen, durch sämtliche Alliierten im Falle einer festgestellten „absichtlichen“ Verfehlung Deutschlands festgestellt wird, und drittens ein Pakt der Alliierten Frankreich gegen einen „nicht provozierten“ Angriff Deutschlands „schützen“ solle. Mit diesen drei Kardinalpunkten wird Poincaré den neuen Waffengang um die Reparationen beginnen.

Die Haltung der andern Mitglieder der Entente ist eigentlich nicht klar umschrieben, und wenn man sich — was sehr notwendig ist — daran erinnert, daß England und Italien im entscheidenden Augenblick immer den französischen Forderungen nach-

gegeben haben, so wird man bei den endgültigen Auseinandersetzungen gut tun, diese Faktoren nicht auf die deutsche Aktivseite einzulassen. Wie bekannt, haben sämtliche Alliierten das Sachverständigen Gutachten als brauchbare Verhandlungsgrundlage angenommen, und dabei auch halbamtlich oder durch berufenen Mund erklären lassen, daß sie ganz besonders auf die Forderung des Gutachtens Wert legen, daß dieses als unteilbares Ganzes betrachtet werden müsse. Dieser Passus bezieht sich aber auf die in dem Gutachten zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die vorgeschlagenen Reparationsleistungen von Deutschland nur getragen werden könnten, wenn es in den besetzten Gebieten wieder seine wirtschaftliche Freiheit und seine Steuerhoheit erhalte, und wenn die Wirtschaft nicht durch gewaltsame Eingriffe (militärische Besetzungen) gestört werde.

In den letzten Wochen sind nun die Aussprachen unter den Alliierten hin und her gegangen, ohne zu einem augenscheinlichen Ergebnis gekommen zu sein. Die Reise der belgischen Minister nach Paris und London, die der Vermittlung zwischen diesen beiden Polen dienen sollte, scheint keine greifbaren Annäherungsmomente geschaffen zu haben, und so hat man also die immerhin bedeutsame Zusammenkunft zwischen Macdonald und Poincaré und die weniger bedeutsame Aussprache zwischen Rom und Brüssel solange hinausgeschoben, bis man das Ergebnis der französischen Wahlen und damit die Position Poincarés in entsprechender Weise in die politischen Berechnungen einbeziehen kann. Die Haltung Amerikas, darüber dürfen wir uns keinem Zweifel hingeben, wird wie seither nur passiven, zuwartenden Charakter haben, sicherlich aber nicht gegen die französische Politik gerichtet sein. Die öffentliche Meinung Deutschlands, die auch heute noch trotz der Erfahrungen des Kriegs eine ungreifliche Leichtgläubigkeit gegenüber der angelsächsischen Weltpropaganda an den Tag legt, hat auch die optimistischen Darstellungen der amerikanischen Presse über die angebliche Kreditbereitschaft der Finanzwelt Amerikas zum Anlaß einer gewissen hoffnungsfreudigen Einstellung genommen, die jetzt Herr Morgan, der ausgesprochene Franzosenfreund, gehörig gedämpft hat, indem er ganz nüchtern erklärte, man könne über die Anleiheauslösung in Amerika noch nichts Sicheres sagen, bevor nicht die politischen Verhältnisse in Europa geklärt seien. Gerade aber der Umstand, daß das Reparationsproblem von den maßgebenden Mächten nicht als wirtschaftlicher, sondern als politischer Faktor behandelt wird, trägt die Schuld daran, daß es bis heute noch nicht gelöst werden konnte. Die Tatsache, daß es den französischen Nationalisten im Grunde genommen gar nicht auf deutsche Reparationsleistungen ankommt, ist ja durch die deutschen Angebote im Laufe der Jahre hinreichend erhärtet worden. Daher ist die Ruhrbesetzung auch nicht erfolgt, damit die Franzosen sich selbst bezahlt machen könnten, sondern aus dem Grunde, das größte deutsche Wirtschaftsgebiet in ihre Gewalt zu bringen, und dadurch zuerst den wirtschaftlichen und dann den politischen Zerfall des Deutschen Reichens zu erreichen. Dasselbe Ziel wurde mit den „separatistischen“ Bewegungen im Rheinland und in der Pfalz verfolgt. Die französischen Nationalisten fühlen sich eben nicht sicher vor einer deutschen Revanche, ehe nicht Deutschland in kleine, von Frankreichs Gnaden abhängige Staaten gegliedert worden ist. Deshalb ist den Franzosen, nachdem ihnen — vorerst — die Abtrennung des Rheinlandes nicht gelungen ist, die sog. „Sicherungsfrage“ die wichtigste. Da England und Amerika anlässlich des Abschlusses des Versailles Friedens Frankreich den gewünschten Garantiepakt nicht gewährt hatten — nicht aus grundsätzlicher Abneigung gegen ein solches Engagement, sondern aus taktischen Gründen — schloß man in Paris die anfangs geheimen, später offenen Militärabündnisse mit der Tschechoslowakei, mit Polen und Südslawien, mit der Bestimmung, daß die Bündnisse im Falle eines deutsch-russischen Angriffs praktisch würden. Es ist also zu beachten, daß die heutige französische Heeresmacht mit ihren Vasallenstaaten sich natürlich vor dem entworfenen Deutschland nicht fürchtet, sondern daß in erster Linie die Gefahr der Verbindung Deutschlands mit anderen Großmächten gefürchtet wird. Deshalb hat sich Amerika nach der Niederwerfung Deutschlands scheinbar von den europäischen Angelegenheiten zurückgezogen, deshalb hat in den letzten Jahren England nach außen hin Deutschland mehr Verständnis entgegengebracht, und deshalb wollen jetzt die beiden angelsächsischen Staaten, nachdem man uns endlich dazu gebracht hat, ein für ein freies großes Volk auf die Dauer unerträgliches wirtschaftliches und politisches Kontrollsystem anzunehmen, uns ein gewisses Existenzminimum zugestehen. Dieselben Versuche der politischen und wirtschaftlichen Beherrschung hatte man ja auch bei Rußland gemacht. Als man aber einsah, daß das bei einem solchen Riesereich nicht ging, da schlug man den umständlicheren Weg der Anerkennung der Sowjetrepublik und des Verbändnisses auf einer

gewissen Basis der Gleichberechtigung ein. Und dieselben Vorgänge haben wir bei der Auseinandersetzung mit der Türkei beobachtet können, hinter der die orientalischen Staaten und Rußland standen.

Gerade weil unsere Rechtskreise die weitpolitische Einstellung der angelsächsischen Staaten nicht richtig beurteilt und daher geglaubt haben, diese hätten besonderes Interesse an unserer wirtschaftlichen Erneuerung, sind wir in die Ruhrfalle gegangen, und erst als Stresemann feststellte, daß wir keinen Freund auf der Welt hätten, da hatte man endlich den Mut, das propagandistische und blindwütende Draufgängerum der extremen Rechten in die Schranken zu weisen, nachdem es uns zur zweiten Katastrophe im Weltkrieg geführt hatte. Die anlässlich der Ruhrbesetzung gemachten Erfahrungen mit den angelsächsischen Staaten müssen wir bei den künftigen Verhandlungen praktisch verwenden, d. h. wir können wohl ihre in ihrem eigenen Interesse zu unsern Gunsten gemachten Vorschläge zweckentsprechend behandeln, aber wir dürfen uns nicht noch einmal auf ihre „moralische“ Unterstützung verlassen, der im entscheidenden Augenblick ganz bestimmt auch diesmal die praktische Hilfe fehlen würde, was wiederum zu einer Verfestigung der Verhandlungen führen müßte. Damit ist noch lange nicht gesagt, daß wir entwürdigende oder unsere Existenz gefährdende französische Forderungen letzten Endes annehmen müßten. Es gibt für einen elastischen und zielbewußten Staatsmann so viele Wege aktiver Betätigung, selbst in unserer schwierigen Situation, daß unter den heutigen Umständen ein immerhin erträgliches Ergebnis erzielt werden könnte. Den Weg in die wirkliche Freiheit werden wir allerdings nur durch sehr behutsame und kleine Schritte finden, und jeder plumpe Tapper könnte uns nur wieder in die Knie fassen lassen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei billigt die Stellungnahme der Reichsregierung zum Sachverständigen Gutachten.

Berlin, 15. Mai. Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei billigten in Anwesenheit der Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Jarres nach dem von der Partei ausgegebenen Bericht die grundsätzliche Stellungnahme der Reichsregierung in der Behandlung der Sachverständigen Gutachten. Sie erwarten, daß die Reichsregierung in der Ausführung des Gutachtens die deutschen Interessen tatkräftig wahr, insbesondere die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Einheit des Reiches gegen den Versuch irriger Auslegung des Gutachtens durchsetzt und verlangt, daß die Forderungen deutscher Ehre und deutscher Freiheit erfüllt werden. Nach einem Rücktritt der Reichsregierung sei für die Neubildung die Stellung der Deutschen Volkspartei durch den nach wie vor maßgebenden Beschluß vom 12. Januar 1924 gegeben. Außen- und innerpolitische Gründe erforderten eine Zusammenfassung der staatsbejahenden bürgerlichen Parteien. Dieses Ziel sei aber nicht zu erreichen durch die Schaffung einer sogenannten Fraktionsgemeinschaft der nationalen Mitte, die die Deutsche Volkspartei für unausführbar halte. Nicht die Taktik, sondern die sachliche Uebereinstimmung in den außenpolitischen Lebensfragen der Nation stehen im Vordergrund der demnächst beginnenden parlamentarischen Verhandlungen. — Die Vorstandswahl wurde bis nach der Eröffnung des Reichstages verschoben.

Bildung einer neuen industriellen Vereinigung.

Berlin, 15. Mai. Wie die Blätter mitteilen, hat sich gestern eine Gruppe von Industriellen in einer in Berlin abgehaltenen Sitzung von der Politik des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der sich für das Sachverständigen Gutachten ausgesprochen habe, losgelöst und beschlossen, sich als „Deutsche Industrielle Vereinigung“ selbstständig zu machen. Die Vereinigung beabsichtigt, noch vor dem Zusammentritt des Reichstages eine Industriellerversammlung nach Berlin einzuberufen, auf der zu dem Sachverständigen Gutachten Stellung genommen werden soll. — Wie die Blätter bemerken, wird sich bei dieser Gelegenheit zeigen, wieviele Anhänger die neue Vereinigung aufweisen kann.

Ueberraschende Angaben über die Verhandlungen zwischen Macdonald und den Belgiern.

London, 14. Mai. „Evening Standard“ macht aufsehenerregende Angaben über das Ergebnis der Unterhaltung in Chequers zwischen Macdonald und den belgischen Ministern. Das Blatt schreibt, daß die Unterhaltung äußerst frostig und vollkommen ergebnislos verlaufen wäre und daß nur der unerwartete Rück nach links in Frankreich einen Bruch der Entente und einen Beschlag des Dawes-Gutachtens und damit die Möglichkeit einer europäischen Neuordnung überhaupt verhindert habe. Das sei eine Tatsache, die noch kaum verstanden werde, da Poincaré und der Bloc national gerade in dem Augenblick eine Ueber-

lage erlitten haben, wo es im Interesse Frankreichs, Europas und der Entente notwendig war, besonders aber im Interesse der Entente, die nur noch an einem Faden seit Chequers gehangen habe. Macdonald habe Theunis und Hyman bei der Unterredung in nachhaltiger Weise über das Unzutreffende ihrer Auffassung der englischen Politik aufgeklärt. Besonders ist die Haltung der Wallstreet ausschlaggebend gewesen. Dort hätte man eisern auf dem Standpunkt gestanden: kein Dollar nach Europa, wenn der Versuch unternommen wird, die Forderungen der Sachverständigen abzuändern, wie z. B. das Bestehen Frankreichs auf Sanktionen und die Aufrechterhaltung der Eisenbahnregie. Für London machte diese Haltung der Wallstreet keine Schwierigkeiten, wohl aber für Frankreich.

Die amerikanische Hochfinanz will sich an der Anleihe für Deutschland beteiligen.

Newyork, 14. Mai. Nach einer Meldung aus Washington erklärt das Kuratorium des Federal Reserve Board, es sei dringend nötig, daß die amerikanischen Bankiers bei der Errichtung der neuen deutschen Notenbank, wie sie im Dawesbericht vorgeschlagen wird, mitwirken und stellt gleichzeitig die Mitwirkung des Federal Reserve Board in Aussicht. Das Kuratorium verlangt von dem Federal Reserve Board möglichst sorgfältige Prüfung, wie das Problem des finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas in hilfsbereitem Geiste zu lösen sei, in gleicher Weise, wie es von der Bank von England den anderen zentralen Notenbanken gegenüber schon geschehen sei. Weiter schlägt das Kuratorium vor, daß, sobald die neue deutsche Notenbank gebildet sei, die Federal-Reservebank die nötigen Schritte unternehme, um die Rediskontierung der genügend gesicherten Goldnoten zu erleichtern. In der Erklärung heißt es dann weiter, auf Ersuchen des Board habe das Kuratorium den Dawesbericht sorgfältig geprüft. Es wünsche seine Bewunderung auszudrücken für die hervorragende, durch den Ausschuß geleistete Arbeit und besonders seine Hoffnung, daß die Vorschläge des Ausschusses baldmöglichst zur Ausführung gebracht würden. Das Kuratorium äußert den Wunsch, der auch kürzlich von Coolidge ausgesprochen wurde, daß das Privatkapital und die Initiative der Amerikaner diesem Plan ihre Unterstützung leisten müßten als Zeichen des Wunsches der Nation, ihren vollen Anteil an der wirtlichen, wirtschaftlichen Wiederherstellung der alten Welt zu übernehmen. Es sei klar, daß das Federal Reserve-Banksystem als solches nicht durch eine eigene Aktion die Ausgabe und Verteilung der neuen deutschen Anleihe übernehmen könne, deren reichliche Unterbringung in den Vereinigten Staaten eine der Voraussetzungen des Dawes-Gutachtens sei. Auch sollte eine direkte Hilfe durch das Federal Reserve-Banksystem nicht notwendig sein. Es sollte nicht schwierig sein, eine Anleihe unterzubringen, vorausgesetzt, daß sie genügend Sicherheit biete, um das Vertrauen des Publikums zu erlangen und daß der Schuldner Lasten übernommen habe im guten Glauben, frei zu werden und ohne Hinderung an die Arbeit gehen zu können. Es seien jedenfalls sehr wichtige Dienste, die das Federal Reservebank-System in Bezug auf die Errichtung einer deutschen Notenbank leisten könne.

Nach den Wahlen in Frankreich

Poincaré bespricht sich mit Barthou.

Paris, 14. Mai. Ministerpräsident Poincaré hat heute vormittag den französischen Delegierten in der Reparationskommission, Barthou, empfangen.

Poincaré soll sich ins Privatleben zurückziehen wollen.

Paris, 14. Mai. Nach einer Äußerung des „Matin“ beabsichtigt Poincaré, sich für einige Zeit aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. Auch Tardieu will zunächst auf politische Tätigkeit verzichten; er soll den Plan haben, als Geschäftsmann nach Amerika zu reisen. Das „Echo national“, das Tardieu leitete, wird am 15. Mai sein Erscheinen einstellen.

Antrag auf Aenderung des französischen Wahlsystems.

Paris, 14. Mai. Ein Mitglied des Generalrats des Seine-Departements hat bereits einen Antrag eingebracht, durch den die Wiederherstellung der Arrondissementswahlen für die nächsten Erneuerungswahlen für die Kammer verlangt wird. Es wird allgemein angenommen, daß die Mehrzahl der Generalräte diesem Beispiel folgen wird.

Die linksstehenden Parteien zum Wahlausfall.

Paris, 14. Mai. Die linksstehenden Blätter, in denen die Auffassung der Hauptziele der Wahlen, der Radikalen und Sozialisten, zum Ausdruck kommt, erörtern den gestrigen Beschluß des Ministerrates und im Anschluß daran die Frage der Präsidentschaft der Republik. Unter keinen Umständen dürften die Radikalen oder die Sozialisten in den Fehler der Abgeordneten von 1918 verfallen und sich jetzt mehr oder minder starke Männer aufnötigen lassen, die Beziehungen zu den gegnerischen Parteien unterhielten. Im „Populaire“, schreibt der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Leon Blum, Millerand habe seinerzeit unumgänglich erklärt: Entweder ihr wählt meine Leute wieder oder ich gehe. Das Land habe die Leute Millerands davongejagt und wie werde unter diesen Umständen Millerand im Elysée bleiben können? Es scheine indessen, daß der Präsident der Republik, während Poincaré begriffen habe, seinerseits sich heute taub stelle. Seine Offiziösen ließen bereits vernehmen, daß er bereit sei, die hohe Pflicht zu erfüllen, die sein Amt ihm auferlege, sei es auch mit einer neuen Mehrheit und mit einem neuen Ministerium. — Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ erklärt ebenfalls, der Präsident der Republik habe sich rückhaltlos in

den Kampf der Parteien gestürzt und jetzt wüßte man, daß er den Konsequenzen entgehe. Das werde unzulässig sein.

Ausland.

Eine deutsche Note an die polnische Regierung.

Berlin, 14. Mai. Die deutsche Regierung ließ, wie bereits gemeldet, durch ihren Gesandten in Warschau der polnischen Regierung eine Note überreichen, in der auf die infolge der sich ständig wiederholenden Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien auch für die dortigen Reichsangehörigen bestehenden Gefahren aufmerksam gemacht wird.

In Beantwortung der Note äußert sich nun die polnische Regierung, einer Meldung der Poln. Tel. Ag. zufolge, dahin, daß in der Republik Polen die Sicherheit aller Einwohner ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit verfassungsmäßig gewährleistet sei. Im übrigen bemängelt die polnische Regierung, daß in der deutschen Note keine konkreten Beschwerdefälle aufgeführt seien und spricht gleichzeitig der deutschen Regierung das Recht ab, in einem Fall wie dem vorliegenden zu intervenieren.

Hierzu ist zu bemerken, daß von der deutschen Gesandtschaft in Warschau nach Ueberreichung der Note eine große Zahl von Einzelfällen der polnischen Regierung namhaft gemacht wurden, in denen deutsche Reichsangehörige in Polnisch-Oberschlesien mißhandelt oder sonst terrorisiert worden waren. Abgesehen davon, daß die polnische Regierung ihrerseits anlässlich der in Deutsch-Oberschlesien im März vorgenommenen Verhaftung von ehemaligen Insurgenten deutscher Reichsangehörigkeit es für gut befand, die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf diese Vorkommnisse zu lenken, muß die deutsche Regierung das Recht für sich in Anspruch nehmen, bei der Regierung eines fremden Landes vorstellig zu werden, wenn ihre Staatsangehörigen in diesem Lande verfolgt werden und Ausschreitungen ausgeübt sind.

Deutsch-russische Verkehrskonferenz in Moskau.

Moskau, 14. Mai. Am Sonntag traf die deutsche Delegation für die deutsch-russische Verkehrskonferenz mit Dr. Simons an der Spitze in Moskau ein. Angesichts des Konflikts zwischen den beiden Ländern wurde die Eröffnung der Konferenz auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Delegation bleibt bis zur Klärung der Lage in Moskau.

Die Lage im Kohlenbergbau.

Berlin, 15. Mai. Wie die „Boss. Ztg.“ mitteilt, haben die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Beseitigung des Konflikts im Ruhrbergbau, die bis gestern Abend 8 Uhr dauerten, bisher einen befriedigenden Verlauf genommen. Sie sind auf heute vertagt worden.

Köln, 15. Mai. Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, daß Kardinal Schulte sich telegraphisch zwecks Herstellung des sozialen Friedens im Ruhrbergbau an das Reichsarbeitsministerium gewandt hat.

Einleitung von Verhandlungen.

Berlin, 14. Mai. Heute vormittag um 10 Uhr traten unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und unter Beteiligung der zuständigen Reichs- und preussischen Ministerien die Vertreter des Zechenverbands und der Bergarbeiterverbände zur Einleitung von Verhandlungen über die schwebenden Arbeitsverhältnisse an der Ruhr zusammen. Der Reichskanzler betonte, daß die Reichsregierung volles Verständnis für die Notlage der beiden Parteien an der Ruhr habe. Jede Verlängerung des Kampfes vermehre jedoch die Schwierigkeiten der Wirtschaft, steigere die Kre-

ditnot und bringe außenpolitische Gefahren mit sich in einem Augenblick, da die Frage des Gutachtens und die Wiederaufnahme der Reparationsverhandlungen Friede und Geschlossenheit in Deutschland zur Pflicht machen. Nach dem Reichskanzler sprachen im Namen der Bergarbeiterverbände der Abgeordnete Husemann vom Alten Verband und Kotthäuser vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, sowie namens des Zechenverbands Generaldirektor Wiskott über den Streitfall. Im Anschluß an die Aussprache stellte der Reichsarbeitsminister die Bereitwilligkeit der beiden Parteien fest, anknüpfend an die Verhandlungen über den Manteltarif ein Schlichtungsverfahren über die schwebenden Streitfragen zu eröffnen.

Betriebseinschränkungen bei den Regiebahnen.

Berlin, 14. Mai. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Essen meldet, machen sich die Wirkungen der Arbeitsruhe im Ruhrbergbau immer störender im Eisenbahnbetrieb bemerkbar. Die französisch-belgische Regie hat bis jetzt 36 Personenzüge wegen Kohlenmangels ausfallen lassen.

Verschärfung der Streiklage.

Sindenburg, 14. Mai. Die Streiklage in Oberschlesien hat eine Verschärfung dadurch erfahren, daß nunmehr auch die einzig noch arbeitende Grube, die Hedwig-Wunsch-Grube, in den Streik getreten ist. Auch die Belegschaften der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfsartikel-A.G. und der Oberschlesischen Eisenindustrie A.G. haben sich dem Streik angeschlossen.

Deutschland.

Forderungen der Demokratie.

Berlin, 14. Mai. Im Berliner Demokratischen Club sprach am Dienstagabend der erste Vorsitzende der Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Koch, über die Reichstagswahlen. Nachdem er sich gegen das gegenwärtige Wahlrecht gewandt und als eine der wichtigsten Aufgaben der demokratischen Partei im neuen Reichstag bezeichnet hatte, hier eine Besserung durchzuführen, gab er, den Blättern zufolge, auf die Frage: „Welche Sicherheiten müssen bei der neuen Regierungsbildung erzielt werden?“ folgende Antwort: 1. Beibehaltung der bisherigen auswärtigen Politik, 2. Schutz der Verfassung und der Republik, 3. Erhaltung unserer Währung. Das Wahlergebnis zeigt, daß, wer sich zu diesen drei Forderungen bekennt, die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Hinsichtlich der Bildung einer Fraktionsgemeinschaft der Mitte erklärte Koch, daß dieser große und bedeutungsvolle Zukunftsgedanke nicht ad hoc aus taktischen Erwägungen verwirklicht werden solle, sondern nur, wenn prinzipielle Momente für eine dauernde Zusammenarbeit der Mitte sprächen.

Beamtenbewegung.

Berlin, 15. Mai. Die Spitzenorganisationen der Beamten haben, wie mehrere Blätter mitteilen, eine Aktion zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten eingeleitet. Das Reichsfinanzministerium hat eine Prüfung der Lebenshaltungskosten eingeleitet. Auch soll erneut geprüft werden, ob eine Erhöhung der Gehälter für das Reich tragbar ist.

Beschwerde von Oberst Seisser.

München, 14. Mai. Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ melden: Polizeioberst Seisser erhob gegen die ihm von der Staatsregierung mitgeteilte Absicht seiner Verabschiedung Rechtsbeschwerde beim Staatsgerichtshof, da er seine Verabschiedung nicht als zu Recht bestehend anerkennen könne.

Stürmische Sitzung des Thüringer Landtags.

Weimar, 14. Mai. Die Mittwochssitzung des thüringischen Landtags fand ein plötzliches Ende. In der fortgesetzten Besprechung des kommunistischen Antrags über die Wiedereinstellung der ihres Dienstes enthobenen Beamten, ergriff auch der Abg. Frölich (Soz.) das Wort und versuchte die Maßnahmen der sozialistischen Regierung zu rechtfertigen, indem er auf den Rathenaumord hinwies und erklärte, wir haben uns vor Mordorganisationen schützen wollen. Bei diesem Wort erhob sich auf der rechten Seite des Hauses großer Lärm. Stürmische Rufe: unerhört! Unverschämtheit! schallten dem Redner entgegen. Präsident Dr. Wernid versuchte vergeblich, sich mit der Glocke Gehör zu verschaffen. Die Kommunisten verließen ihre Sitze und zogen wild gestikulierend auf die Rechte zu. Es hätte nicht viel gefehlt und es wäre zu einer regelrechten Schlägerei gekommen. Der Präsident hob darauf die Sitzung auf. Noch lange nach der Sitzung setzten sich die Auseinandersetzungen fort. Die Tribünen wurden sofort geräumt. Der Sitzungssaal wurde nur allmählich leer. Wie wir hören ist für morgen früh eine Sitzung des Ministerrats anberaumt, die sich mit den heutigen Vorgängen beschäftigen soll. Die Plenarsitzung ist auf morgen vormittag 10 Uhr anberaumt.

Verbot.

Berlin, 14. Mai. Der Polizeipräsident hat dem unter dem Vorsitz des Generalmajors a. D. von der Goltz in Berlin gebildeten Ausschuss für eine Schlageter-Gedächtnisfeier, die unter großer Beteiligung vaterländischer Verbände am 24. Mai im Berliner Stadion abgehalten werden sollte, mitgeteilt, daß politische Veranstaltungen mit dem Ziele, große Menschenmengen unter freiem Himmel zu versammeln, zur Zeit nicht angängig seien.



anderer
Leute Geschäfte besorgen Sie,
wenn Sie sich eine Zeitung halten,
die Sie nicht mit Ihrem
Wirtschafts-Gebiet verbindet.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. Mai 1924.

Die Freiwillige Sanitätskolonne Calw

machte am vergangenen Sonntag ihren Mai-Ausflug nach Dornhan, W. Sulz, um ihren früheren, während der Kriegszeit in der Kolonne sehr tätig gewesenen Kameraden Stadtschultheiß Carl Morof und Familie zu besuchen. Um 6.15 Uhr früh waren am „Adler“ die meisten, die eine Beteiligung zugesagt, anwesend und unter Vorantritt von 2 Trommlern (ehemaligen Mitgliedern der leider eingegangenen Calwer Knabentapelle) ging's zum Bahnhof. Das Ziel der Fahrt war Aistag. Von da ging's die Höhe hinan nach Weiden, welcher Ort unter Trommelschlag passiert wurde, weiter über Marschalkezzimmern nach Dornhan. Schönes Wetter begünstigte uns am Morgen und blieb uns, abgesehen von einigen „Sprüchern“ beim Heimweg treu. Die Aussicht war gut. Gegen Mittag marschieren wir in Dornhan ein, nachdem unser ehemaliger Kamerad uns ein Stück des Wegs entgegengekommen war. Begleitet von der Jugend ging's durch die lauberen Straßen der eine große Anzahl neue Häuser und Umbauten aufweisenden schmucken Stadt zur Wohnung des Stadtvorstands. Hier wurden wir von Frau Stadtschultheiß Morof (einer Tochter von Flaschnermeister Essig hier) aufs freundlichste begrüßt und in liebenswürdigster Weise bewirtet. Dann wurde ein eingehender Rundgang durch die Stadt unternommen, die mit ihren 1700 Einwohnern eine Realschule, Krankenhaus und eigene Wasserleitung hat. Verschiedene Mitglieder besuchten Bekannte und Berufskollegen und dann wurde in der „Krone“ das reichliche und preiswerte Mittagessen eingenommen. Nach gemütlichem Beisammensein ebendasselbst mit der Familie unseres Kameraden mußte leider zu früh der Heimweg angetreten werden. Vor dem Abmarsch dankte Kolonnenführer Obersekretär Pfizgenmaier namens der Mitglieder Herrn und Frau Stadtschultheiß Morof für die herzliche Aufnahme und die gemütlichen Stunden, die wir in Dornhan erleben durften, ebenso auch den „Kronen“-Wirtsleuten für die gute Verpflegung. „Kolonne marsch“ und hinaus ging's aus Dornhan unter Trommelschlag und Kinderbegleitung, wie wir gekommen. Unser ehemaliger Kamerad begleitete uns ein groß Stück Wegs. Dann ging's, nachdem die letzte Höhe überwunden, und wir an landschaftlich schönen Punkten vorbeigekommen waren, abwärts nach Sulz am Neckar. Wies eine alte Gewohnheit ist, gebürtige Calwer an anderen Orten aufzusuchen, geschah es auch hier. Da 1½ Stunden Zeit bis zum Abgang des Zugs verblieben, ging's noch zum „Waldhorn“-Wirt Gauß (die Wirtin ist eine Tochter von Metzgermeister Schnauffer hier). Rasch verließ die Zeit und heimwärts trug uns der letzte Zug. Alle abschieden mit der Gewißheit, einen schönen Tag verlebt zu haben. Zum Schluß sei erwähnt, daß die Kosten dieses Ausflugs selbstverständlich von den Teilnehmern selbst getragen wurden. Nur für Uebungsfahrten (Kreisübungen, Kurse usw.) sollen später Fahrgeldzuschüsse gewährt werden.

Zum Beamtenabbau.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Mai. Man schreibt uns: Das Ministerium des Innern hatte einige Oberamtsvorstände, die demnächst das 65. Lebensjahr vollenden oder schon vollendet haben, aufgefordert, sich im Interesse jüngerer Beamten pensionieren zu lassen. Allein diese ließen sich trotz Abbauperordnung nicht dazu bewegen, obwohl man ihnen alle möglichen Versprechungen gemacht hatte. Nicht ganz mit Unrecht berufen sich diese alten Herren nämlich darauf, daß in Stuttgart ebenso alte oder noch ältere Beamte sich befinden, wie sie, und solange als diese nicht in den Ruhestand versetzt würden, lassen sie sich auch nicht pensionieren.

Stundung und Nachlaß der Gewerbesteuer-Nachzahlungen und des Beitrags zur Wohnungskreditanstalt.

(S.C.B.) Stuttgart, 12. Mai. Die wirtschaftlichen Verbände von Handel und Industrie haben darauf hingewiesen, bei der Säufung der Steuerleistungen auf Anfang Mai und bei dem Mangel an flüssigen Geldern könne eine Reihe von Betrieben die Nachzahlung an Gewerbesteuer für die Monate Januar, Februar und März 1924 und den Beitrag zur Wohnungskreditanstalt nicht mit der im Monat Mai fälligen Vorauszahlung an Gewerbesteuer aufbringen. Bei der wirtschaftlichen Notlage, in der sich einzelne Gruppen von Gewerbetreibenden befinden, ist es geboten, den besonderen Verhältnissen der einzelnen Betriebe Rechnung zu tragen und unnötige Härten zu vermeiden. Die Gemeinden werden deshalb in einem Erlaß der Ministerien des Innern und der Finanzen angewiesen, die Gewerbesteuer-Nachzahlungen und die Hälfte des auf Mai fälligen Beitrags (ersten Teils) zur Wohnungskreditanstalt in den einzelnen Fällen bis Anfang Juni, in besonderen Fällen bis Anfang Juli 1924 ohne Zinsen und Zuschläge zu stunden, wo glaubhaft nachgewiesen wird, daß durch Entrichtung dieser Abgaben dem Unternehmer die zur Fortführung des Betriebs erforderlichen Mittel entzogen würden. Der Beitrag der Wohnungskreditanstalt ist in dem vorgenannten Umfang auch in solchen Fällen zu stunden, wo er außer Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Unternehmers oder zur Abgabe anderer ähnlicher Betriebe steht.

Der Gebäudebrandschaden für 1924.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Mai. Unter den Hausbesitzern und Mietern sind vielfach Zweifel darüber aufgetreten, ob der Gebäudebrandschaden für 1924, der mit der Grund- und Gebäudesteuer für Mai zu entrichten ist, auf die Mieter besonders umgelegt werden darf, oder ob er in den 60 Proz. der gesetzlichen Miete enthalten ist. Nun ist aber der jetzt fällige Gebäudebrandschaden nicht für das Rechnungsjahr, das vom 1. April 1924 bis 31. März 1925 geht, zu bezahlen, sondern für das Kalenderjahr 1924. Daraus folgt ohne weiteres, daß der Hausbesitzer berechtigt ist, für

die Monate Januar, Februar und März, in denen er die Betriebskosten umlegen durfte, nachträglich noch den Gebäudebrandschaden für diese Zeit, also ein Viertel seiner jetzigen Brandschadenschuld anteilmäßig auf die Mieter umzulegen. Die restlichen drei Viertel sind — das ist auch der Standpunkt des Mieteinigungsamts — in den 60 Proz. der Friedensmiete enthalten und darum nicht umlegungs-fähig. Dies trifft selbstverständlich auch zu bei Geschäftsräumen, für die die ganze Friedensmiete (100 Proz.) zu bezahlen ist. Was die Höhe der Brandschadensumlage betrifft, so beträgt sie in den drei Monaten zusammen etwa 2½ Proz. der monatlichen Friedensmiete.

Abchied der alten Zentrumsfraktion.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Mai. Die alte Landtagsfraktion des Zentrums versammelte sich am Dienstag vormittag im Fraktionszimmer des Landtags zu einer kurzen Beratung. Die Abgeordneten waren vollständig erschienen mit Ausnahme des durch einen Unfall am Erscheinen verhinderten Abg. Ritter, Minister Polz gab einen kurzen Bericht über die Entwicklung der Verhältnisse nach den Wahlen und über die künftigen politischen Möglichkeiten. Das Wahlergebnis habe bestätigt, daß die Partei mit ihrer Politik in der Vergangenheit den richtigen Weg gegangen sei. Bezüglich der künftigen Gestaltung der Dinge sei alles noch im Werden. Die Zentrumsfraktion werde abwarten, wie die „Schwäb. Tagwacht“, in der Fraktionsitzung des Zentrums sei beschloffen worden, ein Zusammengehen mit der Rechten abzulehnen und die Regierungsbildung der Rechten allein zu überlassen, ist demnach nicht richtig.

Zur Bierpreiserhöhung.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Mai. Die Stuttgarter Brauereien haben den Bierpreis um 4 Pfennig pro Liter (6 Pfg. für Spezialbier) erhöht. Diese Gelegenheit scheint, lt. „Schwäb. Tagwacht“, den Gastwirten günstig, ein Extragehäst zu machen. Wenn in den Gastwirtschaften der Preis für das Glas Bier drei Zehntel-Liter um 5 Pfg. gesteigert wird, so ist dies eine Erhöhung des Bierpreises, die an Wucher grenzt. Die Ber. Gewerkschaften Stuttgart haben die Städtische Preisprüfungsstelle veranlaßt, sich mit der Tatsache der außergewöhnlichen Bierpreiserhöhung, die die Wirte vorgenommen haben, zu befassen.

Verbandstag der württ. Schuhmachermeister.

(S.C.B.) Freudenstadt, 14. Mai. Am vergangenen Sonntag fand hier der Verbandstag der württ. Schuhmachermeister statt, zu dem sich mehr als 300 Delegierte eingefunden hatten. Der Verbandsvorsitzende, Schuhmachermeister Zinkbeiner, begrüßte die Versammlung. Stadtschultheiß Dr. Bläicher hielt gleichfalls eine Begrüßungsansprache. Handwerkskammerpräsident Eberhardt hielt einen Vortrag über Kreditnot und Steuerbelastung. Schuhmachermeister Riehmüller sprach über Kalkulation im Schuhmacherhandwerk. Die weiteren Erörterungen galten den Fragen der Lehrlingshöchstzahlbestimmungen, der Lehrlings-Entschädigungsätze und der Gesellenprüfungen.

Die Kapitalknappheit

können Sie nur durch raschen Absatz Ihrer Waren beheben. Einen rascheren Absatz Ihrer Waren erzielen Sie durch Anzeigen = Reklame.

Better für Freitag und Samstag.

Ueber Süddeutschland behauptet sich noch der Hochdruck, der indessen von einer Depression über dem Kanal bedrängt wird. Inmerhin ist für Freitag und Samstag noch vorwiegend trockenes, auch mehrfach heiteres Wetter zu erwarten.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Mai. Dem Vernehmen nach wird die neueste Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung Ende dieses Monats ihre Tätigkeit in Stuttgart aufnehmen. Nach dem ausgesprochenen Wunsche des alten Landtags soll diese neue Behörde mit einem möglichst kleinen Apparat von Beamten auszukommen versuchen. An ihre Spitze ist der seitherige Referent in Gemeindeverwaltung, Ministerialrat Dr. Michel, langjähriges Mitglied und erste Kraft des Ministeriums des Innern, berufen worden.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Mai. Die Leichen des Schriftgießereibesitzers Weber und seiner Tochter Ruth, die am Karfreitag in der Donau den Tod fanden, sind in der Nähe von Ingolstadt geborgen worden.

(S.C.B.) Freudenstadt, 14. Mai. Zu dem Autounfall wird geschrieben: Die beiden Autos fuhr in derselben Richtung; das Freiburger Auto wollte an dem Freudenstädter vorbeifahren und gab ein Zeichen zum Ausweichen. Gleichzeitig kamen in entgegengesetzter Richtung zwei Kadler, von denen der eine ein Opfer des Unfalls geworden ist. Es handelt sich um Chr. Beilharz, dem Sohn des Pflugwirts B. von Unterförlingen, der von dem einen Auto erfaßt und 10 Meter weit hinaus geschleudert

wurde. Er brach beide Füße und erlitt schwere innere Verletzungen, denen er leider im Bezirkskrankenhaus erlag. (S.C.B.) Dornstetten, W. Urach, 14. Mai. Im Dienste seines Amts wurde der 60jährige Feld- und Waldschütz nach kurzem Wortwechsel schwer mißhandelt, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Der Täter, Christian Sauer, hat die Tat aus Rache verübt, weil er im Walde Scheiterholz ohne Nummer abgeführt hat und deshalb angezeigt wurde.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Goldmark	1000 Ma.
1 Dollar	4,21 Bk.
1 holl. Gulden	1579,9 Ma.
1 franz. Franken	251,6 Ma.
1 schweiz. Franken	749,9 Ma.
Reichsindexziffer	1,03 Bk.
Geldumrechnungssatz für Steuern	1000 Ma.

Saatenstandsbericht.

Landesdurchschnitt (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering): Winterweizen 2,9 (anfangs April 2,9), Winterdinkel 2,7 (2,8), Winterroggen 3,0 (3,0), Wintergerste 2,9 (2,9), Klee 3,1, Luzerne 2,9, Bewässerungswiesen 2,4, andere Wiesen 2,4. — Für die Entwicklung des Pflanzenlebens, die durch die lange Dauer des Winters sehr zurückgehalten worden ist, war die Witterung im allgemeinen nicht ungünstig. Doch ist die Entwicklung immer noch nicht so weit vorangeschritten, als es um diese Zeit in normalen Jahrgängen der Fall ist. Vieles ist der Boden infolge der vielen Niederschläge nachgerade so durchweicht, daß mit der Fortsetzung der Ackerarbeiten zugewartet werden muß, bis er wieder bearbeitungsfähig ist. Allenfalls wird von dem Landmann der baldige Eintritt warmer, trockener Witterung sehr ersehnt. Die Winteresaaten haben sich im allgemeinen gut entwickelt; doch mußten da und dort spät geäte Winterfrüchte, die schwach in den Winter kamen, umgeädert werden und noch jetzt werden täglich solche Felder, von denen man gehofft hatte, daß sie sich erholen werden, umgepflügt. Auch wegen Mäusefraßes, sowie (namentlich in Roggen) wegen Schneckenfraßes und Schneefäule mußten manche Saaten neu bestellt werden. Bis jetzt beträgt die umgepflügte Fläche im Landesdurchschnitt bei Winterweizen 5,7 Proz., Winterdinkel 2,5 Proz., Winterroggen 6,2 Proz., Wintergerste 3,8 Proz. der Anbaufläche. Auch manche Reppfelder müssen umgepflügt werden. Die Bestellung der Sommeresaaten hat sich gegen sonstige Jahre stark verspätet und ist heute noch nicht überall beendet; doch verläuft das Aufgehen der Sommerfrüchte schön und hoffnungsvoll. Bereits macht sich, übrigens auch in Wintergetreide, das Auftreten von Unkraut bemerkbar. Das Legen der Kartoffeln ist im Gange und in den meisten Gegenden ganz beendet. Die Futterfelder stehen im allgemeinen befriedigend. Doch hat der Klee manchenorts durch die Trockenheit und durch Mäusefraß im vorigen Jahr sowie durch den langen Winter stark noigelitten, so daß er nicht selten umgepflügt werden muß. Das gleiche ist der Fall bei Luzerne, die durch Auf- und Zufrieren teilweise beeinträchtigt worden ist. Die bis jetzt umgepflügte Fläche beträgt im Landesdurchschnitt bei Klee 6,6 Proz., bei Luzerne 8,1 Proz. der Anbaufläche. Die Wiesen haben schön und vielversprechend angekehrt, sind aber in der Entwicklung noch zurück. Mit dem Austreiben des Viehs in den Gegenden mit Weidewirtschaft ist begonnen worden. Die Blüte der Obstbäume hat sich reich und hoffnungsvoll entfaltet; für eine gute Entwicklung der Blüte wäre warme, trockene Witterung ebenfalls dringend erwünscht. In den Weinbergen war beim Schnitt der Reben im allgemeinen gesundes Holz, das zurzeit noch in der Wolle liegt, anzutreffen; gegenwärtig wird das Behacken vollzogen.

Calwer Viehmarkt.

Bei dem gestern stattgefundenen Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt waren insgesamt 195 Stück Rindvieh zugeführt. Darunter befanden sich 13 Ochsen, 18 Stiere, 1 Fohlen, 65 Kühe, 76 Kalbinnen, 22 Stück Jungvieh. Bezahlt wurden für Ochsen 800—900 M., Kühe 200—480 M., Kalbinnen 320—540 M., Rinder 120—300 M. je pro Stück. Handel ziemlich gedrückt. Auf dem Schweinemarkt waren 29 Läufer- und 237 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurde für Läufer 80—120 M., für Milchschweine 35—60 Mark je pro Paar. Handel lebhaft. Auf dem Pferdemarkt war nichts zugeführt.

Fruchtpreise.

Es kosteten in Giengen a. Br. Heu 5—6 M., Stroh 3,0—4 M. Klee 6 M., in Heidenheim Kernen 10, Weizen 9,80, Gerste 9,50, Haber 6,50, in Riedlingen Gerste 7,60—9, Haber 7,40—7,50, Widen 15, Erbsen 14,50—15, in Neutlingen Weizen 10—12, Gerste 10—10,50, Haber 7,50—9, Unterländer Dinkel 8, Ulber Dinkel 8 M., in Urach Dinkel 8, Gerste 9,50, Haber 7,50 M. je der Zentner.

Schweinepreise.

Es kosteten in Schwenningen das Paar Milchschweine 42—65 M., in Schramberg 55—64 M., in Luttlingen 1 Milchschwein 17—27 M., in Lettnang 18—25 M., Läufer 29—38 M. pro Stück.

Märkte.

(S.C.B.) Ehlingen, 14. Mai. Es notierten Kühe 130 bis 400 M., Kalbeln 450—600 M., Rinder 80—150 M., Milchschweine 24—36 M., Läufer 45—70 M. pro Stück.

Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe in Calw e. G. m. b. H.

Generalversammlung

am **Samstag, den 24. Mai 1924,**
nachmittags 2 1/2 Uhr im **Hotel Waldhorn**
in **Calw** statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr und Genehmigung der Bilanz.
 2. Entlastung des Vorstands.
 3. Verwendung des Reingewinns.
 4. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats.
 5. Festsetzung der Höchstätze im Sinne des § 30 Abs. 2 der Satzung.
 6. Aenderung der §§ 38, 39, 41, 43 u. 44 der Satzung.
- Wir laden unsere Mitglieder zur Teilnahme an der Versammlung freundlichst ein.
Calw, den 14. Mai 1924.

Der Vorstand:

Georg Wagner, **Friedrich Kober,**
Eugen Ritter, **Hans Vogel.**

Die zu Mißdeutung Veranlassung gebende Aufmachung der Erklärung der Handelskammer Calw, für welche die Herren Sannwald und Rheinwald zeichnen, im Anzeigenteil des Calwer Tagblatt Nr. 107, veranlaßt mich zur Aufforderung an diese Herren, den in der Angelegenheit geführten Schriftwechsel zu veröffentlichen, wodurch der Streitfall seine richtige Beleuchtung und Klärung für die Öffentlichkeit erhalten dürfte.
Gewerbefachrat Aldinger.

Oberamtsparkasse Calw.

Spareinlagen
mit Wertbeständigkeitsgarantie auf Dollargrundlage
15 Prozent Zins,

Giroguthaben 18 Prozent Zins,
Depositen
mit Wertbeständigkeitsgarantie auf Dollargrundlage
je nach Anlagedauer und Höhe des Betrages
höhere Zinssätze.

Giro- und Scheckverkehr **provisions-, porto- und speisenfrei.**

Bauarbeiten.

Zu einem Neubau in der Hermannstraße habe ich im Auftrag die

Grab-, Beton-, Maurer-, Zimmer- und Flaschnerarbeiten
im Accord zu vergeben.

Pläne, Baubeschrieb und Bedingungen liegen bei dem Unterzeichneten zur Einsicht auf und wollen Angebote bis **Mittwoch, den 21. ds. Mts. mittags 12 Uhr** daselbst abgegeben werden.

Die Bauleitung: **Kiefner.**

Gutschein!

Jedermann

erhält für diesen Gutschein 1 Paket = 50 Gramm
feinsten Importeur Schäg

gratis

bei Abnahme von 4 Paketen à 50 gr. zu **Mark 1.—.**
Tabakhans Karl Ranjer, Stuttgart
Alexanderstraße 41.
Niederlage und Verkaufsstelle
der Süddeutschen Tabakfabrik Stuttgart.

Norddeutsche Vieh-Versicherungsgesellschaft A.-G. zu Hamburg,

stellt an allen Plätzen tüchtige, rührige
General-Agenten und Agenten
ein gegen höchste Provisionen.
Bewerbungen an die Direktion
Hamburg, Grindelallee 33.

Im Auftrag verkaufe ich am Freitag Abend 8 Uhr
**eine bereits neue Hovelbank, 2
Parallelschraubstöcke, verschiedene
Ketten für Langholzuhwerk, einige bereits
neue Mofsfässer, 1 neue Nähmaschine**
und verschiedenes.
Christian Marquardt, Wilsberg.

Bäckerei-Eröffnung.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich meine **Bäckerei**
wieder eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, meine
Kundschaft stets mit guter und reeller Ware zu bedienen.

Täglich frisches **Kaffee- u. Teegebäck.** Bestellungen
auf Süßwaren, Hefenkranz, Gugelhupf usw. werden
jederzeit angenommen. Meine **Kolonial-
waren, Mehl- und Hefehandlung**
führe ich in unveränderter Weise
weiter. Hochachtungsvoll

Karl Gehring, Bäckermeister, Lederstr.



„Concordia“
Heute Abend
1/8 Uhr
gem. Chor,
1/9 Uhr
Männerchor.

Bitte pünktlich und voll-
ständig erscheinen.

Aktenmappen

beste Sattlerware, stets einige
Dugend am Lager, von Mk.
4.50 an, vorteilhaftest bei

Reichert Mittl.
Brücke

Mehl a. Abzahlung

in 4 Wochen für Minder-
bemittelte: Weizenbrotmehl
14 Mk., Weizenweizmehl
16 Mk., Auszugsmehl 18 Mk.,
Gries 19 Mk. pro Zentner
frei ins Haus.

Insch-Verke,
Schnaitz-Stuttgart,
Fernsprecher 5.

10—15 Zentner

Heu Gänse

2 Wochen alt, hat zu ver-
kaufen. Wer, sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Fleißiges Mädchen

für Küche und Haushalt wird
auf 20. Mai oder 1. Juni
g e s u c h t.

A. Wohlleder z. „Lamm“,
Liebenzell.

Stelle-Gesuch!

23jähriges Mädchen, welches
schon gedient hat, sucht Stelle
in Calw oder in der Nähe
als **Zimmer- oder
Allein-Mädchen.**

Angebote unter S. C. 114
an die Geschäftsst. ds. Bl.

Im Anstricken von Socken und Strümpfen

empfeht sich
Marie Rothacker,
Haggasse 192.

Sprengstoffe Sprengkapseln Zündschnüre

zum
Stochholz-
machen
Gerhard Paulus, Liebenzell,
Fernsprecher 15.

1000 Mark

gegen gute Sicherheit aufzu-
nehmen gesucht von
Friedrich Dürr
Altburg.

Wegen Entbehrlichkeit be-
reits noch neues

Safelklavier
(Schiedmayer) sofort preis-
wert zu verkaufen.
Cafe Dierlamm
Biergasse 130.

Etwas Gutes
für Haare und Haarboden
ist echtes
Brennessel-Haarwasser
mit den 3 Brennessen
Otto Vinçon, Colou.

Einen gebrauchten
**Liege-
sportwagen**

mit Verdeck hat zu ver-
kaufen. Wer, sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Radsfahrerverein

Wanderlust Sonnenhardt.



Einladung zur

Bannerweihe

am **Sonntag, den 18. Mai 1924.**

Festprogramm:

Samstag, den 17. Mai, Begrüßungsabend mit Musik;

Sonntag, den 18. Mai,

morgens 5 Uhr	Tagwacht;
morgens 6 Uhr	Rennen;
von 10 Uhr ab	Empfang der auswärtigen Vereine:
von 11—12 Uhr	Konzert;
nachmittags 1 Uhr	Aufstellung des Festzuges;
nachmittags 2 Uhr	Festzug, anschließend Bannerweihe;
nachmittags 3 Uhr	Langsamfahren;
nachmittags 6 Uhr	Preisverteilung;
von 8 Uhr ab	Lanz in den Lokalen.

Volksbelustigung am Platz.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und
Bekanntete zu unserer am **Samstag, den 17. Mai**
stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in **Witzbach**
freundlichst einzuladen.

Michael Kugele,

Sohn des Jakob Kugele, Bauer in Rutenbach.

Maria Mienhardt,

Tochter des † Karl Mienhardt, Löwenwirt, Würzbach.

Kirchgang 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder persönlichen Einladung
entgegennehmen zu wollen.



Bekleidung

Ausstattung

Paul Röchle, Calw.

Stroh

verkauft
Jakob Widmaier
Althengstett.

Ein neumelkiges

**Milch-
Schaf**

verkauft

Karl Kugele,
Siehdichfür.

Alzenberg.

Eine schwere, 32 Wochen
trächtige

**Milch-
Kuh**

verkauft oder vertauscht
gegen eine leichtere, junge

Kuh oder Kalbin
in Milch.
Rothacker, Schultzeiß.

Bis auf weiteres werden
jeden **Freitag Vor-
mittag von 1/2, 10 Uhr**
an

Mudelböden

abgegeben das Pfd. zu 40 Pfg.
Hermann Schultze,
Leigwarengeschäft.

Einen 2 Jahre alten, starken

Schnauzer

prima Rattenfänger, sehr
wachsam, verkauft
Gottlob Schneider,
Schreiner, Gehlingen.

Zwei

Ziegen
verkauft
Gustav Walz,
Holzbronn.



Drucksachen aller Art
liefert rasch die Druckerei dieses Blattes.

